

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/55. Jahrgang

März 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

## Gießener Staatsräson: Kritik an Israels Regierung antisemitisch

Am 19.02. fand in Gießen die Demo *Antirassismus zum Hanau-Anschlag* von vor vier Jahren statt. Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen soll ein Schild getragen haben, auf dem „Ob Hanau oder Gaza, Rassismus hat System – Kapitalismus ist das Problem“ stand. Daraufhin hat das Parlament am 22.02. auf der Stadtverordnetenversammlung (StVV) einen Dringlichkeitsantrag behandelt, der mit nur einer Gegenstimme und vier Enthaltungen verabschiedet wurde. „Der Magistrat [...] wird aufgefordert zu prüfen, wie darauf hingewirkt werden kann, dass die Vermietung städtischer Flächen an Gruppen wie die sogenannte Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (Kurz: ARAG), die auf Veranstaltungen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit ihre Ablehnung zum Existenzrecht Israels deutlich zum Ausdruck bringen,

unterlassen wird.“

Es stellt sich die Frage, wie die StVV zu der Annahme kommt, ARAG stelle das Existenzrecht Israels in Frage. Nach unserem Kenntnisstand gibt es hierzu keine Verlautbarung der Gruppe und auch die Antragsteller haben dafür keinen einzigen Beweis vorgelegt. **Kritik an der israelischen Regierung und der praktizierten Siedlungspolitik hat mit Antisemitismus nichts zu tun.** Selbst Friedrich Merz (CDU) hat betont, dass es sich bei Kritik an Israel nicht um Antisemitismus handle: "Das fällt in diesem Land – Gott sei Dank – unter Meinungsfreiheit." (<https://www.stern.de/politik/deutschland/bluem-und-merz-im-gespraech-beide-kritisieren-politik-israels-3518182.html>).

Es geht hier nicht um Bekämp-

Wir führen jetzt eine Liste von politisch gefährlichen Personen, damit sich sowas wie in der Nazizeit nie wiederholt.

Aber ist das nicht genau das, was die Nazis...



fung von „Antisemitismus“. Unter dem Vorwand, die „Demokratie zu verteidigen“, werden abweichende Meinungen weiter eingeschränkt.

**Fortsetzung auf S. 2**

Kall, mei Drobbe – Kurz und Gießen	S. 2
Demos gegen Rechts: Ohne klare Positionen keine politische Wirkung, Nutznießer AfD	S. 3
Muss ein neuer Faschismus verhindert werden?	S. 4
Unterschiede in der Berichterstattung	S. 5
Nawalny und Assange	S. 6

## Uniklinikum – weiterhin bereit zum Streik

Ende Januar wurde am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) der im vorigen Jahr erkämpfte Tarifvertrag zur Entlastung unterschrieben. Nach einem Streik von drei Wochen und mehrmonatigen Verhandlungen liegt jetzt ein Text vor, der die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen deutlich verbessern kann. Die Umsetzung wird natürlich kein Selbstlauf sein. So wie in den Verhandlungen um jede Formulierung gestritten werden musste, muss jetzt jede Ver-

besserung Schritt für Schritt durchgesetzt werden.

Der Arbeitskampf im vergangenen Jahr hat die Belegschaft stark gemacht. Das wirkt sich auf den diesjährigen Kampf um mehr Geld aus. Zu Beginn der Tarifverhandlungen wurde an drei Tagen wieder gestreikt. Die Gewerkschaft *ver.di* fordert 11% mehr Lohn, mindestens 600 Euro, Laufzeit zwölf

**Fortsetzung auf S. 2**

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

Die Sprache derer, die meinen, die Demokratie verteidigen zu müssen, verrät, was zu erwarten ist. Da fallen Begriffe wie „Bekämpfen“, „Entfernen“, „Zerschlagen“, „Austrocknen“. Das sind die Begriffe derer, die sie vorgeblich ausmerzen wollen. Der Staat müsse „Extremisten auf allen Ebenen die Grenzen aufzeigen“ und natürlich sollen „diejenigen, die den Staat verhöhnen, [...] es mit einem starken Staat zu tun bekommen“. In Zukunft: Meldestellen, Früherkennungseinheiten, Ausforschung von verdächtigen Kontobewegungen, Ausbau des Verfassungsschutzes, der Polizei- und Ordnungsbehörden. Sogar Gewerbe- und Gaststättenaufsicht reihen sich ein (Innenministerin Nancy Faeser, SPD).

Der Verfassungsschutz will bundesweit ausschwärmen, *um verbale und mentale Grenzverschiebungen aufzuspüren*, allzeit bereit *jeden*

*Stein umzudrehen*. Warum übrigens jetzt und nicht zu Zeiten der NSU-Mörderbande? Wer glaubt, Meinungsfreiheit finde ihre Grenze allein im Strafgesetzbuch, sieht sich getäuscht. Ab sofort wird sich der Staat um all die Unfolgsamen kümmern, die *unter der Strafbarkeitsgrenze* missliebige Meinungen verbreiten und dazu noch die Dreistigkeit besitzen, zu wissen, *was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt*.

Man beachte: Was richtig und was falsch ist, weiß allein die Regierung. Es wird alles abgeräumt, was der bürgerliche Staat in 175 Jahren an rechtsstaatlichen Prinzipien zusammengebracht hat: der Schutz der Meinungsfreiheit, die Unschuldsvermutung und der Grundsatz, dass es ohne Gesetz keine Strafe geben darf.



So auch in Gießen: Räumlichkeiten sollen nach Entscheidung des Stadtparlaments nicht an die ARAG vermietet werden, obwohl dies juristisch nicht überprüft wurde.

Martina Lennartz

Fortsetzung von Seite 1: **Uniklinikum – weiterhin bereit zum Streik**



Demo am 14.2. in Gießen

Monate. Das erste Angebot der Geschäftsführung liegt deutlich darunter, die vorgeschlagene Laufzeit von 24 Monaten ist angesichts der unvorhersehbaren Preisentwicklung unzumutbar.

Die ersten Streiktage waren sehr erfolgreich. Hunderte Streikende demonstrierten, am Kirchenplatz gab es eine kämpferische Schlusskundgebung.

Die durch den Entlastungstarifvertrag erkämpften Verbesserungen werden nur erreichbar

sein, wenn ein guter Abschluss erzielt wird. Die vorgesehenen Neueinstellungen können nur erfolgen, wenn die Einkommen am UKGM gleich oder besser sind als im Öffentlichen Dienst und in anderen Kliniken. Die weiteren Verhandlungen werden von Streiks und anderen wirksamen Aktionen begleitet.

Gernot Linhart

# Kurz und Gießen

Kall, mei Drobbe!



## Reif für die Klinik

Die „Vitos-Spange“ ist kein Instrument, um dentale Probleme zu lösen. Sie ist eine Erfindung der Gießener Magistratskoalition und ihrer Grünen Dezernentin Weigel-Greilich.

Mitten durch das Klinikgelände soll nach ihrem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Entlastungsverkehr zwischen Schiffenberger

Weg und Licher Straße rollen – am Rande des Ostpreußenviertels. Was wäre, wenn Frau Weigel-Greilich dort Patientin wäre?

Die Klinikleitung und Patienten staunten nicht schlecht, denn sie wurden von ihr glatt überfahren – und nicht nur mit dem Rollstuhl.

„Die Erstellung des VEP berücksichtigt den Stadtverordnetenbe-

schluss 2035Null – klimaneutrales Gießen, behaupten die Webseiten der Stadt ungeniert.

Mehr Einknicken vor der Autoindustrie geht nicht!

<https://www.giessener-anzeiger.de/stadt-giessen/deutliche-kritik-an-geplanter-vitos-spange-92796548.html>

# Kauflaune?

Im Wirtschaftsteil fast aller Zeitungen wird regelmäßig berichtet, dass der Einzelhandel und die Konsumgüterindustrie mangelnde Kauflaune der Bevölkerung beklagen. Von Laune kann keine Rede sein – den Leuten fehlt einfach das Geld. Tarifabschlüsse gleichen sehr selten die Preiserhöhungen aus. Dadurch kann natürlich weniger gekauft werden. Die Tarifverhandlungen des Einzelhandels sind da ein treffendes Beispiel. Seit acht Monaten verweigern die Unternehmer ein verhandelbares Angebot. Wenn das andere Branchen als Beispiel nehmen, gehen natürlich die Umsätze in allen Läden zurück. Den Beschäftigten bleibt nur ein Ausweg: Streik!

Gernot Linhart



Es zeichnete sich schon lange ab, dass die etablierten Parteien der Ampel, aber auch die große Koalition unter Merkel und Scholz keine Lösungen der anstehenden Probleme parat haben. Die Unfähigkeit dieser Parteien ist Ausdruck einer Systemkrise des Kapitalismus. Die fortwährende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, der Reichtum von Wenigen einerseits und die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten andererseits stößt an seine Grenzen. Da die Partei *Die Linke* infolge innerer Spaltung und Zerfaserung als Alternative weggebrochen ist, ist es den konservativen Kräften gelungen, die AfD als vermeintliche Alternative aufzubauen. Diese hat es sich zum Schwerpunktthema

# Ohne klare Positionen keine politische Wirkung

15.000 Menschen in Gießen auf der Straße, Millionen insgesamt in Deutschland. Zahlenmäßig ist der Protest gegen das Erstarken von AfD und anderen rechten Strömungen beeindruckend. Schwach aber ist der Inhalt – und das ist nicht nur einer der Gründe für die große Beteiligung, sondern lässt leider sogar Schlimmes befürchten. Nämlich zum einen, dass die Wirkung ausbleibt, weil deutlich erkennbar ist, dass hier hilflos auf Begriffe und Slogans zurückgegriffen wird, die nichts Konkretes aussagen. Welche "Demokratie" ist gemeint oder welcher Teil von ihr soll verteidigt werden? Der Staat, die Regierung?

Zum anderen ist erschreckend, dass die AfD bereits ein Ziel erreicht hat: Die Menschen, die eigentlich antirassistischer und antisexistischer Gesinnung sind oder das zumindest von sich glauben, verteidigen plötzlich den rassistischen und sexistischen Normalzustand in Deutschland.

Nur weil etwas noch Schlimmeres droht, wird das Schlimme zum



Demo am 20.1. in Gießen

Bewahrenswerten, welches von denen verteidigt wird, die eben noch berechtigte Kritik übten. Plötzlich geht es Hand in Hand mit der „im großen Stil abschieben“-SPD und anderen, die ähnlich ticken. Das kann nicht gut gehen, sondern wird die weitere Verschlimmerung höchstens hinauszögern, gleichzeitig aber verschleiern. Wirkmächtig kann demgegenüber nur der Mut zu wirklichen Veränderungen und Forderungen sein, die den Prinzipien ewiger Ausbeutung, Profitmaximierung, von Herrschaftsausbau und Kontrolle positive Gegenentwürfe und Alternativen entgegensetzen. Ein Mut, der diese mit druckvollen Aktionen auch durchsetzt.

Jörg Bergstedt

# Nutznießer AfD

gemacht, Existenzängste der Bevölkerung zu verstärken und die Angst in Aggressionen gegen Flüchtlinge zu kanalisieren. Die Medien stellen die AfD zwar als radikal dar, in der Praxis unterstützen sie diese aber sogar noch in dieser Strategie.

Kaum ein Wort fällt darüber, dass die AfD wenig für höhere Renten, Löhne und Gehälter übrig hat. Erbschafts- und Vermögenssteuern

lehnt sie ebenso ab, wie eine Aussetzung der Schuldenbremse.

Die AfD steht fest an der Seite der israelischen Regierung und schweigt zum Völkermord an den Palästinensern. Die AfD unterstützt militärische Aufrüstung und NATO und unterscheidet sich nicht von den übrigen Parteien. Sie ist Fleisch vom Fleische der CDU.

R.W.

**Die AfD erledigt die Hetze  
Regierung macht passende Gesetze**



# Muss ein neuer Faschismus verhindert werden?

Die Rechtsentwicklung in Europa hat sich schon sehr lange abgezeichnet. Kluge Menschen haben frühzeitig gewarnt:

Umberto Eco („Der Name der Rose“) schrieb im Juli 2008 in „La Repubblica“: „(...) Der Faschismus von heute hat äußerlich nichts mit dem aus der Vergangenheit zu tun. Keine Uniformen, Stechschritt und erhobener Gruß. Nein, er ist modern, raffiniert verpackt, und wird mit PR verkauft ... aber der Geist, der dahinter steckt, die totale Kontrolle und Ausbeutung, die Zensur, die Mediengleichschaltung, die Lügen, der selbstgemachte Terror, der Sicherheitswahn, die Unterdrückung von Andersdenkenden, die Militarisierung der Gesellschaft und die Angriffskriege ... die Resultate sind dieselben.(...)“

Auch in der BRD gab es warnende Stimmen. So erklärte der IG-Metaller Heinz Klee in der Aktionswoche „Notstand der Demokratie“ (lt. NRZ v. 9.9.2009): „Der gesamte Staat wird so umgebaut, dass er an den vor 1945 erinnert.“

Er nannte Geheimpolizei, Heimatschutz, Datenspeicherung, Einsatz der Bundeswehr im Innern und die Militarisierung – unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung und bei Katastrophen.

Dieser „Staatsumbau“, der lange vor Gründung der AfD begann, ist inzwischen perfektioniert; er zeichnet sich aus durch Aggression nach innen – sinkende Löhne und Renten, Sozialabbau – und nach außen durch Krieg und dem Ruf nach Bomben auf Russland (CDU-Kiesewetter) und Atomwaffen (SPD-Barlay). Dieser Staatsumbau, von Scholz „Zeitenwende“ genannt, umfasst auch die staatstragenden Medien bis ins Kabarett hinein. Wer das herrschende Narrativ über den Ukraine-Krieg in Frage stellt, wird niedergemacht und juristisch verfolgt. Wer Kritik an Israel übt, ist ein Antisemit und riskiert seinen Arbeitsplatz.

Wer nur gegen Rassismus und Antisemitismus auf die Straße geht, stellt keine Gefahr dar, im Gegenteil, da wird mitmarschiert. Da wird übersehen, dass zwischen

„Abschiebung im großen Stil“ und „Remigration“ kein Unterschied besteht. Solange nicht die Ursachen des gesellschaftlichen Niedergangs benannt und bekämpft werden, können deren Verursacher weitermachen. Und die AfD? Sie ist eine vom Verfassungsschutz als teilweise rechtsextremistisch eingestufte bürgerliche Partei mit widerlichen Parolen, die für die Herrschenden – noch – nicht gebraucht, aber in petto gehalten wird.

Bereits in den 90er Jahren erklärte der Chefredakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Capital“ Johannes Groß: „Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik. Er wird nicht antisemitisch sein und nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt, die Talente verschiedener Zivilisationen nutzen.“

Erika Beltz

## Lokale Erinnerungskultur – Vortrag beim Oberhessischen Geschichtsverein

Im Rahmen der jährlichen Vortragsreihe des Oberhessischen Geschichtsvereins referierte die Historikerin Prof. Dr. Hannah Ahlheim zum Thema „Lokale Erinnerungskultur“. Für bauliche Denkmale stellte sie die provokante Frage: „Kann das weg?“ Für die berüchtigte Immelmann-Stele bei Staufenberg und das Greif-Denkmal an der Licher Gabel beantwortete sie diese Frage mit ja. Für das Greif-Denkmal bestätigte sie etwas, was schon öfter im Echo stand: Durch das Hinzufügen einer trauernden Witwe wurde dieses Denkmal nicht besser.

Viel Raum in ihrem Vortrag galt dem Gießener Parlamentsstreit um eine angemessene Ehrung für die antifaschistische Widerstandskämpferin Ria Deeg. Die Ablehnung einer

Stele im Rahmen der „Gießener Köpfe“ beruht vor allem auf dem verbohnten Antikommunismus in der Führung der Gießener Grünen. Die Erinnerung soll nach deren Willen in ein Museum verbannt werden. Die Referentin führte dazu aus, dieses Verhalten sei typisch für die deutsche Erinnerungskultur. In den ersten 15 bis 20 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Widerstandskämpfer von vielen noch als Vaterlandsverräter gesehen. Später ehrte man zwar den bürgerlichen Widerstand, zum Beispiel sei-

tens der Gruppe um Graf Staufenberg oder der Weißen Rose. Der Widerstand aus der Arbeiterschaft dagegen wird jedoch kaum gewürdigt. Dem Vortrag folgte eine lebhaft Diskussions mit dem Publikum im voll besetzten Saal.



Ria Deeg

# Wie Feindschaft geschürt wird

„Am 27. Januar 1944 wurde das Konzentrationslager Auschwitz von alliierten Truppen befreit“ – das war in einem Text der EU-Kommission zu diesem Gedenktag zu lesen. Jeder einigermaßen Informierte weiß, dass es allein die Rote Armee der Sowjetunion war, die das Lager befreite. Die anderen Alliierten, vor allem britische und US-Truppen, konnten im Westen nur vorrücken, weil die Rote Armee den größten Teil der Wehrmacht im Osten band und dafür den bei weitem höchsten Blutzoll zahlte.

„Nur nichts Gutes über Russen schreiben“ – das ist das Motto der NATO-Staaten und ihrer Medien. In den Fernsehsendern der ARD war in den letzten Wochen ein Film über die Belagerung Leningrads zu sehen. Zu Wort kam ein Offizier der Nazi-Armee, der empathielos über die Befehle zu Belagerung, Bom-

bardierung und Beschuss der Stadt berichtete. Den Schwerpunkt bildeten ausschließlich solche Stimmen aus der belagerten Stadt, die als Gegner der Sowjetmacht auftraten. Für ihr Elend machten sie weniger die Belagerer und mehr das angebliche Versagen der Roten Armee und der Behörden verantwortlich. Sogar dieses unvergleichbare deutsche Kriegsverbrechen wird für unerträgliche antisowjetische Propaganda missbraucht.

Der deutsche Kriegserziehungsminister Pistorius hat für die nächsten Jahrzehnte eine Feindschaft mit Russland angekündigt – bei der Rüstungsindustrie knallen die Sektkorken. Die vor etwa 50 Jahren begonnene Entspannungspolitik hat gezeigt, dass zur Erhaltung des Friedens Verhandlungen besser sind als Hochrüstung. Die zur Zeit leider schwache Friedensbewe-

gung ist notwendiger denn je – deswegen auf zum Ostermarsch 2024!

Gernot Linhart

## Friedensfähig statt kriegstüchtig



### Kommt zum Ostermarsch!

Karsamstag, 30. März 2024  
11 bis 13 Uhr Katharinengasse  
(Hiroshimaplatz) Gießen

Ostermontag, 1. April 2024  
Treffen um 9 Uhr am Gießener Bahnhof  
zur gemeinsamen Fahrt nach Frankfurt

Veranstalter: DGB Kreisverband Gießen und Friedensnetzwerk Gießen

## Ukraine/Gaza: Unterschiede in der Berichterstattung

Eigentlich müsste es jedem auffallen, der sich in den Medien über die Kriege in der Ukraine und in Gaza informiert: Es gibt einen riesigen Unterschied bei der Berichterstattung. Aus der Ukraine kommen einfühlsame Berichte über die Kriegsoffer. Familien- und Einzelschicksale wer-

den ausführlich geschildert, psychische und körperliche Folgen werden gezeigt, auch das Schicksal von Geflüchteten wird nicht vergessen.

Bei Berichten aus Gaza ist es ganz anders. Dort tauchen Opfer nur als Zahlen auf, die dann auch noch angezweifelt werden. Die Tausende, die durch Mangelernährung, fehlende Medikamente und Krankenversorgung leiden und sterben, werden kaum erwähnt. Vieles von dem Kriegsgeschehen ist nur in wenigen linken Zeitungen wie *Junge Welt* und *Unsere Zeit* zu lesen.

In den von der israelischen Armee besetzten Teilen von Gaza gibt es nicht nur von Bomben und Granaten zerstörte Gebäude, die Soldaten sprengen auch noch intakte Infrastruktur. In Gaza-Stadt wurden die Universität und das Nationalmuseum gesprengt, in letzterem wurden vorher die Ausstellungstücke, vor allem Ausgrabungen zur Geschichte Palästinas, gestohlen (Hauptsache nicht zerstört). In der besetzten Westbank dringen als Personal verkleidete Soldaten in



Krankenhäuser ein und erschießen schlafende Patienten, die als Terroristen verdächtigt werden. Derartige Untaten haben dazu geführt, dass der International Court of Justice (ICJ) eine Anklage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermord zur Verhandlung angenommen hat. Anscheinend traut sich dennoch kaum einer der deutschen Journalisten so etwas zu berichten – er muss damit rechnen als Antisemit bezeichnet zu werden. G.L.

siehe auch: <https://www.jungewelt.de/artikel/468734.pal%C3%A4stina-gesetzloses-t%C3%B6ten-in-der-westbank.html>  
Und: <https://www.unsere-zeit.de/terror-auf-der-westbank-4788882/>

## Wer ist eigentlich



Wer gedacht hat, dass dieses Medienunternehmen eine Organisation sei, welche nach objektiven Kriterien für ausgewogene Nachrichten Sorge und Lügen entlarven würde, der irrt. Korrektiv, welches sich als Fakten-Checker ausgibt und als Garant für Objektivität und Wahrhaftigkeit in der Berichterstattung dargestellt wird, wird mit Millionenbeträgen aus Oligarchen-Stiftungen und durch die Regierung finanziert. Korrektiv betreibt deren Informationspolitik. Korrektiv erfüllt für den Staat eine lebenswichtige Aufgabe: die Unterdrückung abweichender Meinungen.

# Nawalny, unser Mann in Moskau

Am 16.02. teilte die Gefängnisverwaltung der nördlichen Region Jamalo-Nenez mit, Alexej Nawalny sei gestorben. Der Tod löste eine weitere antirussische Propagandakampagne in den westlichen Medien aus. Tränenreich wurde die Frau von Nawalny während der Münchner Sicherheitskonferenz in Szene gesetzt. Ohne, dass eine Autopsie, geschweige denn Informationen über die Umstände von Nawalyns Tod vorhanden sind, lautet die einhellige Position westlicher Medien: „Putin hat Nawalny getötet“.

Ein Schelm wer Böses dabei denkt. Seit 2010 wurde Nawalny von den westlichen Medien systematisch aufgebaut. Er war weder ein demokratischer noch ein sehr

populärer Kritiker des Putin-Regimes. Sein Rückhalt war auf privilegierte Schichten des Kleinbürgertums begrenzt. Seine politische Vergangenheit war vor allem von seiner Verbindung zu ultranationalistischen Kräften, Teilen der herrschenden Eliten und des Staatsapparats sowohl in Russland als auch in den USA geprägt. Er gehörte zu einer räuberischen und rücksichtslosen Schicht gesellschaftlicher Aufsteiger, die versuchten, von der Zerstörung der Sowjetunion und der Wiedereinführung des Kapitalismus 1991 zu profitieren. Er wurde erst politisch aktiv, nachdem seine Unternehmungen im Banken- und Immobiliengeschäft weitgehend gescheitert waren. In einem frühen

Interview äußerte er sich wie folgt: „Ich will eine Marktwirtschaft in ihrer rücksichtslosesten Form – die Stärksten überleben, der Rest ist ganz einfach überflüssig.“ Damals war er Mitorganisator der rechtsextremen „Russischen Märsche“.

Genau wie in der Ukraine, wo Faschisten und Nationalisten eine zentrale Rolle beim Regimewechsel von 2014 und dem derzeitigen Krieg gespielt haben, sind an der von den USA unterstützten Opposition in Russland faschistische Kräfte beteiligt. Sie bilden eine wichtige Komponente der imperialistischen Strategie, ethnische und nationale Konflikte zu schüren, um das Land zu destabilisieren und zu zerstücken. G.L.

## Lehrstück der Demokratie – Julian Assange



Nur zu gerne stellt der Westen die Weltlage als einen Kampf zwischen Gut und Böse dar. Der gute, demokratische Westen gegen die bösen, autokratischen Staaten wie Russland und China.

Aber wie steht es denn mit der Demokratie im Westen aus? Die Heuchelei zeigt sich exemplarisch im Fall von WikiLeaks-Gründer Assange. Seit April 2019 sitzt der Jour-

nalist Assange im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London. Dort wird er „mehr als 22 Stunden am Tag“ in einer drei Mal zwei Meter großen Zelle festgehalten. Früher wurde so etwas Isolationsfolter genannt. In den USA droht ihm eine Haftstrafe von bis zu 170 Jahren. Das US-Justizministerium wirft Assange Spionage vor und fordert seine Auslieferung.

Gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea Manning habe Assange vor knapp 15 Jahren geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen, veröffentlicht und damit das Leben von US-Informanten in Gefahr gebracht. Damit habe Assange deutlich mehr getan als ein Journalist, der Informationen beschaffe, argumentierte die Anwältin der US-Regierung vor dem Londoner Gericht.

Es geht dabei um Kriegsverbrechen und andere Menschenrechtsverletzungen durch die USA. Es geht um eine massive Beschränkung der Pressefreiheit. Die USA versuchen dies zu vertuschen, in-

dem sie WikiLeaks als „nicht staatlicher feindlicher Geheimdienst“ bezeichnen.

Diese juristische Deutung stempelt Assange zu einem Vertreter eines gegnerischen Geheimdienstes und rechtfertigt – nach US-Sichtweise – alle denkbaren Maßnahmen, bis hin zu Entführung und Mord.

Der Rechtsstreit über dessen Auslieferung von Großbritannien an die USA wird wohl so bald nicht entschieden. Die Anhörung vor der letzten Gerichtsinstanz, dem Londoner *High Court*, endete noch ohne Urteil. Die zuständigen Richter werden es frühestens im März bekannt geben. Der Fall Assange ist ein Prüfstein dafür, inwiefern die bürgerlichen Demokratien ihr Geschwätz vom Rechtsstaat wirklich ernst nehmen.

Henning Mächerle

**„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“**

**Bert Brecht**

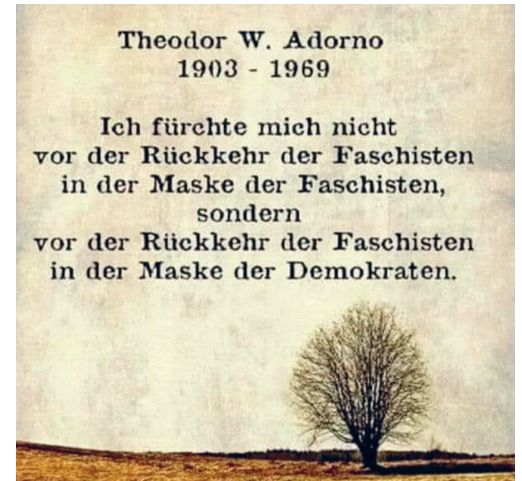
# Abschiebungen – oft unmenschlich

Im großen Stil abschieben – das hat Bundeskanzler Scholz angekündigt. Politiker in Koalition und Opposition überbieten sich mit Vorschlägen, wie man Migranten das Leben schwer macht. Nur wenige der Abgeschobenen sind Straftäter oder vermeintliche Gefährder. Die meisten sind ganz normale Menschen, die in Deutschland ein Leben in Sicherheit finden wollten. Viele hatten eine Arbeitsstelle im Handwerk, im Gastgewerbe oder in der Pflege, wo sie dringend gebraucht wurden. Mit den Eltern abgeschobene Kinder werden von ihren Schulkameraden, von denen sie sich oft nicht mal verabschieden konnten, vermisst.

In Frankfurt gibt es eine Gruppe, die von Diakonie und Caritas beauftragt wurde, Abschiebungen zu beobachten. Was sie berichtet ist oft schrecklich: Körperlich oder

psychisch kranke Menschen werden nachts zum Flughafen verschleppt. Oft verstehen sie nicht, was mit ihnen passiert. Unzureichend bekleidet, mit Flip-Flops an den Füßen, ohne Gepäck und ohne Geld werden sie in ein Flugzeug gezwungen und in ein Land mit schlechtem Gesundheitswesen und Sozialsystem gebracht. Familien werden oft absichtlich getrennt. Kinder werden als Dolmetscher missbraucht, um ihren Eltern die Drohungen und Anordnungen der Bundespolizei zu übersetzen. (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 21.2.24).

Selbst wenn die Zahl der Abschiebungen deutlich erhöht würde, könnte das die Zahl der Migranten in Deutschland nur geringfügig verringern. Und warum eine stärkere



Reduktion überhaupt wünschenswert sein soll, läßt sich ohne Rassismus ohnehin kaum begründen. Abschiebungen dienen vor allem der Verunsicherung und der Abschreckung. Für die Betroffenen sind sie in der Regel eine persönliche Katastrophe, wie zum Beispiel bei einem jungen Mann aus Mauretanien, der zum Studium nach Deutschland kam. Hier wandte er sich vom muslimischen Glauben ab und ließ sich taufen. Trotzdem wurde er abgeschoben, in Mauretanien landete er sofort im Gefängnis. Dort ist die Abkehr vom Islam verboten.

Gernot Linhart

<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/flughafen-in-flip-flops-zur-abschiebung-frankfurter-92822452.html>

## Leserbrief: Kriegstüchtigkeit

Diese fordert Verteidigungsminister Pistorius. Campino von den *Toten Hosen* bedauert seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer; Ex-Bundespräsident und Ex-Pfarrer Gauck würde die Waffe in die Hand nehmen.

Ich wurde 1976 als Kriegs- und Wehrdienstverweigerer anerkannt und möchte nicht kriegstüchtig werden, sondern friedentüchtig bleiben.

Gut ist, dass circa 190.000 ukrainische Männer im wehrfähigen Alter trotz Verbot der Ausreise in Deutschland sind. ICH fordere, dass auch Kriegsdienstverweigerung von russischen Männern als Asylgrund anerkannt wird.

Harald Römer

## Die DKP tritt zur EU-Wahl am 9. Juni an

Die für die Kandidatur nötigen, mindestens 4.000 beglaubigten Unterschriften haben wir eingereicht. Vielen Dank an alle Unterstützer!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten kandidieren vor allem, um mehr Menschen gegen die Kriegspolitik von NATO, EU und BRD zu mobilisieren. Das Gießener Echo nennt dafür acht gute Gründe:

1. Wer den Kampf um Frieden, gegen die Kriegspolitik von NATO und EU, gegen Hochrüstung, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg stärken will,
2. wer Frieden mit Russland und China will,
3. wer will, dass Deutschland aus NATO und EU austritt und die US-

Soldaten und US-Atombomben aus dem Land wirft,

4. wer gegen das Kaputtsparen der öffentlichen Daseinsvorsorge und sinkende Reallöhne nicht auf die Illusion von Sozialpartnerschaft setzen will,

5. wer den Abbau demokratischer Rechte und die Uniformität der „Qualitätsmedien“ nicht länger hinnehmen und die „Ruhe an der Heimatfront“ stören will,
  6. wer Frieden für Palästina will und die Diffamierung jeglicher Kritik an Israel als antisemitisch nicht zulassen will,
  7. wer internationale Solidarität vorne anstellen will und nicht die Interessen des (deutschen) Monopolkapitals,
  8. wer nicht will, dass Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten danach bewertet werden, ob sie sich für den Profit des Kapitals verwerten lassen,
- der muss die DKP wählen!**

EU-Wahl am 9. Juni 2024

  
**DKP**  
**wählen**



## Termine

Fragen oder Anmeldungen an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Sa. 2.3. ab 10:30 Uhr:**  
Kundgebung / Infostand DKP GI,  
Kugelbrunnen

**Fr. 8.3. um 17:30 Uhr:**  
Internationaler Frauenkampftag,  
Berliner Platz (siehe unten)

**Di. 12.3. um 18 Uhr:**  
Lesekreis bei Henning

**Do. 14.3. um 19 Uhr:**  
Gruppenabend / MV DKP GI,  
Winchester-Zi., Kongresshalle

**Mi. 20.3.:**  
Redaktionsschluss April-Echo

**Do. 21.3. um 18 Uhr:**  
Bildungsabend der DKP,  
Ederstr. 16

**Fr. 29.3. ab 19 Uhr:**  
Stammtisch DKP GI,  
Chamäleon, Reichensand 9

**Sa. 30.3. ab 11 Uhr:**  
Friedensnetzwerk Gießen:  
Ostermarsch – Kundgebung am  
Hiroshimaplatz  
(Katharinengasse/Löwengasse)

**Mo. 1.4. um 9 Uhr:**  
Treffen am Bahnhof Gießen  
zur Fahrt zum Ostermarsch in  
Frankfurt

**Sa. 24.8.:**  
UZ-Friedensfest in Berlin

**Sa. 31.8. ab 15 Uhr:**  
Sommerfest der DKP Gießen



## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** legte die SPD/FDP-Koalition im Stadtparlament den Entwurf einer neuen Spielplatzordnung vor. Die DKP wies darauf hin, dass längst in der Bauordnung geklärt war, dass Bauherren Flächen für Spielplätze zur Verfügung stellen müssen. Notwendig wären nicht neue Regeln, sondern die Durchsetzung geltenden Rechts. Die Versorgung mit attraktiven Spielplätzen für alle Altersgruppen in gut erreichbarer Nähe zur Wohnung ist bis heute unzureichend.

Vor **40 Jahren** wurden wegen steigender Zinsen die Mieten für 3.800 Sozialwohnungen deutlich erhöht. Eigentlich waren nur Zinsen von 6% festgelegt. Aber es gab ein merkwürdiges Gesetz: „Das Verlangen einer höheren Verzinsung ist auch dann wirksam, wenn vertraglich eine höhere Verzinsung ausdrücklich ausgeschlossen ist.“ Die Mieter mussten zahlen.

Vor **30 Jahren** deckte die DKP auf, dass in der Druckerei des Gießener Anzeigers die Nazi-Zeitung „Jun-

ge Freiheit“ gedruckt wurde. Der Gießener Anzeiger selbst war damals auf einem Kurs nach rechts. Er druckte üble Artikel gegen Asylsuchende und versuchte, dem Verleger nicht genehme Anzeigen zu unterdrücken, z. B. eine Todesanzeige für Walter Deeg und Veranstaltungsanzeigen der Gießener Friedensinitiative.

Vor **20 Jahren** plante die hessische CDU/FDP-Regierung die Privatisierung der Unikliniken in Gießen und Marburg. Dazu wurden diese Kliniken zum Universitätsklinikum Gießen/Marburg (UKGM) zusammengelegt. Privatisierungspläne wurden zunächst noch abgestritten.

Vor **10 Jahren** stellte der Hessische Rundfunk in einer Umfrage fest, dass es in Gießen keine Mehrheit und keine Begeisterung für die bevorstehende Landesgartenschau gab. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung lehnten den Vorschlag ab, als Betriebsausflug die Blümchenschau zu besuchen.

### Bitte Abogebühren bezahlen!

Da die Druckkosten weiter steigen, benötigen wir bitte dringend **Spenden**, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können (Kontodaten siehe unten).

Außerdem kann jedes Abo auch als **Online-Abo** abgeschlossen oder in ein solches umgewandelt werden. Dies erspart uns Portokosten und der Aufwand für den Versand reduziert sich.

Bitte einfach eine kurze Mail an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de).

Vielen Dank,

das Redaktionskollektiv des Gießener Echos

## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

**Bezugsgebühren:** 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

**Konto:** IBAN:  
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

**Rückmeldungen + Leserbriefe an:**  
Gießener Echo / DKP Gießen  
Postfach 110340  
35348 Gießen  
oder E-Mail: [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)  
Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)